

Schul-Digitalisierung: Geld vom Bund kann fließen

Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag für Grundgesetz-Änderung – Noch in diesem Jahr Mittel für Laptops, Notebooks und Tablets

BERLIN. Die Digitalisierung von Deutschlands Schulen hat eine weitere zentrale Hürde genommen. Der Bundestag stimmte am Donnerstag mit Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Grundgesetzänderung. Noch in diesem Jahr soll das erste Geld vom Bund an Länder und Kommunen fließen.

Das Gesetz erhielt in namentlicher Abstimmung eine Mehrheit von 574 der 648 abgegebenen Stimmen. Mit Nein votierten 74 Abgeordnete. Die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit wurde, wie erwartet, erreicht. Zuvor hatten alle Fraktionen – mit Ausnahme der AfD – dafür votiert. Die AfD war mit einem Antrag gescheitert, die Abstimmung abzusetzen.

Grundlage der Abstimmung war eine Vereinbarung im Vermittlungsausschuss von Bundsrat und Bundestag vom Mittwoch. Die Länderkammer soll Mitte März grünes Licht geben.

Dann können fünf Milliarden Euro des Bundes zur Ausstattung der Schulen mit digitalen Geräten und Lernprogrammen fließen. Hinzu kommen zwei Milliarden Euro für neue Sozialwohnungen



Mit Tablet an der Tafel steht die Lehrerin vor der Klasse. Schul-Digitalisierung soll jetzt Fahrt aufnehmen.

Foto: Stratenschulte/dpa

und eine Milliarde Euro für Schienen-Nahverkehr.

Die Grundgesetz-Änderung soll es dem Bund ermöglichen oder erleichtern, die Länder in Bereichen, in denen sie zuständig sind, zu unterstützen.

Erste Bundesmittel sollen in

diesem Jahr fließen, so eine Sprecherin des Bundesbildungsministeriums. Der Chef der Kultusministerkonferenz, Hessens Minister Alexander Lorz (CDU), betonte: „Der Digitalpakt muss ins Laufen kommen, damit Schulen Planungssicherheit haben und wir der Digitalisierung in Schulen den nötigen Schwung geben.“

Nach der Grundgesetzänderung muss der ausgehandelte Digitalpakt unterzeichnet werden, jene Vereinbarung von Bund und Ländern für fünf Milliarden Euro Bundeshilfe. Danach können Schulträger wie Kommunen bei Ländern Förderanträge stellen.

In Baden-Württemberg soll mit Bundesmitteln vorrangig WLAN an Schulen gebracht werden. Rechnerisch könnte das Land mit 142000 Euro pro Schule oder 453 Euro pro Kind profitieren.

Genutzt werden können die Mittel auch für Anzeigegeräte wie Whiteboards, für Personalkosten für Systemadministratoren oder für Endgeräte. Bis zu einer von den fünf Milliarden Euro sollen in Laptops, Notebooks und Tablets fließen. Jede Schule soll dafür

bis zu 25000 Euro bekommen.

Lorz machte darauf aufmerksam, dass die Länder bei der Digitalisierung der Schulen nicht bei null anfangen. „Die Kultusminister der Länder haben sich bereits seit längerem auf dem Weg gemacht, der großen Herausforderung des digitalen Wandels zu begegnen, mit denen die allgemein- und berufsbildenden Schulen konfrontiert sind.“

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), auch für Bauen zuständig, begrüßte die Einigung ebenfalls. Er sagte, damit sei der Weg frei für Bundeshilfen zum sozialen Wohnungsbau von mindestens zwei Milliarden Euro. „Als weitere Maßnahmen werden wir beispielsweise die Rechtssicherheit von Mietspiegeln erhöhen, Wohngeld anheben und das Bauvergaberecht vereinfachen.“ (dpa)

470 Millionen Euro vom Bund

- › **Investitionen an Niedersachsens Schulen** sollen nach der Einigung von Bund und Ländern beim Digitalpakt bereits ab diesem Sommer anlaufen.
- › **Jede niedersächsische Schule** soll – unabhängig von ihrer aktuellen digitalen Ausstattung – einen Grundbetrag von 30000 Euro erhalten.
- › **Niedersachsen stockt den Bundeszuschuss** um 50 Millionen Euro auf, das Geld wird auch in Schulen investiert.
- › **Das Bundesland Bremen** erwartet aus dem Digitalpakt insgesamt 48 Millionen Euro, verteilt über fünf Jahre.
- › **Die vom Bund erwartete Förderung** in Höhe von 470 Millionen Euro soll in die digitale Vernetzung der Schulen, das Einrichten von WLAN, in digitale Tafeln und Arbeitsgeräte sowie Laptops investiert werden, sagte Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) am Donnerstag.